

Rudolf Hickel

Das Ende der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank galt einst wegen ihrer abenteuerlichen Spekulationsgeschäfte als „gefährlichste Bank der Welt“. Jetzt wird sie diesem Ruf in ganz anderer Weise gerecht: Sie droht wegen ihrer internationalen Verflechtung und Systemrelevanz zur Gefahr für die Finanzmärkte und die deutsche Wirtschaft zu werden. Was sind die Ursachen, und wird ein Rettungsplan bis hin zur Abwicklung dieses „Global Players“ erforderlich?

Der Verfall der Aktienkurse und die Abwertung des an den Börsen gehandelten Unternehmenswertes sind dramatisch. Der Preis für eine Aktie ist vom letzten Hoch im April 2007 (102,27 Euro) Ende September erstmals unter die Marke von zehn Euro geschrumpft. Der aus dem Aktienkurs abgeleitete Marktwert stürzte gegenüber 2006 um 41 Prozent auf 31,1 Milliarden Euro im Jahr 2015 ab. In diesen Tagen wird das Unternehmen nur noch mit knapp 20 Milliarden Euro bewertet.

Aktionäre müssen seit dem vergangenen Jahr auf Dividenden verzichten. 2015 wurde ein Verlust von über sechs Milliarden Euro eingefahren. An den Bonuszahlungen für diejenigen, die mit ihren Spekulationsgeschäften die Bank ins Minus befördert haben, hat sich dagegen bisher kaum etwas geändert. In den letzten 15 Jahren sind schätzungsweise zwischen 40 und 50 Milliarden Euro an die Investmentbanker geflossen.

Was für eine tickende Bombe die Deutsche Bank ist, offenbart der Bestand an Derivaten: 42 Billionen Euro. Ein riesiger Anteil davon konzentriert sich auf die hoch riskanten Zockerpapiere. Wenn sie platzen, reicht das Eigenkapital nicht zur Rettung aus eigener Kraft.

Heute trauen die Akteure an den Börsen der Deutschen Bank nicht mehr zu, die durch das Justizministerium in den USA angedrohte Strafe zu finanzieren, selbst wenn die genannten 14 Milliarden Dollar auf 5,7 Milliarden für die Produktion und den Kauf von Ramschanleihen heruntergehandelt werden sollten, wie es Moody's erwartet. Schließlich drohen auch aus den vielen anderen Prozessen Strafen.

Wie konnte es zum Absturz dieses globalen Geldhauses kommen? Deutsche-Bank-Chef John Cryan hat sich bei der Suche nach den Schuldigen blamiert. Kein Wort zu dem hausinternen Missmanagement, aber viel Kritik an den Hedgefonds, die auf weitere Kursverluste spekulieren. Gehören doch Wetten auf sinkende Kurse, die jetzt die Deutsche Bank belasten, zu ihrem bisherigen Kerngeschäft. Nein, die Chefstrategen in Frankfurt am Main sind nicht Opfer, sondern Täter.

Heute aber sind es prominente Spekulanten wie der britische Hedgefonds Marshall Wace. Zeitweilig soll auch George Soros aktiv geworden sein.

Das Opfer finanziert die Täter

Cryan verschweigt zudem mit seinem Mitleidsappell für das „Opfer“ eine ärgerliche Wahrheit: Die Deutsche Bank bedient auch noch die Hedgefonds mit ihrem Geschäftsbereich Prime Brokerage. Dieser bietet Hilfen bei der Beschaffung von Liquidität durch Kredite sowie beim Handel mit und der Verwahrung von Wertpapieren speziell den Hedgefonds an. Mehr als 760 von ihnen sollen diese Dienste durch die Deutsche Bank in Anspruch nehmen. Also: Das Opfer finanziert die Täter.

Das Ausmaß der Straffälligkeit überrascht selbst die härtesten Kritiker. Mit dem Ackermann'schen Wahnsinn, eine Rendite von mindestens 25 Prozent nach Steuern zu erkämpfen, hat die Deutsche Bank zum Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte aktiv beigetragen, aber auch die eigene Niederlage produziert.

Im Klima unkontrollierter Profitgier hat sich ein kriminelles Milieu herausbilden können. In meinem Buch „Zerschlagt die Banken“ (2012) ist diese Art von kriminellen Geschäften beschrieben worden. Der Chefhändler beim Außenposten in der Wallstreet, Greg Lippmann, hatte Anweisung gegeben, den „Mist“ schnell an „Säue“ zu verkaufen.

Zum Repertoire kriminellen Verhaltens gehören Manipulationen der für die Geldmärkte zentralen Steuerungszinssätze Libor/Euribor sowie der Devisenkurse. Durch den illegalen Handel mit Umweltzertifikaten wurde vielfach die Mehrwertsteuer hinterzogen. Dubiose Zinswetten sind den klammen Kommunen angeboten worden. Neuerdings ist die Rede von Geldwaschgeschäften sowie Verstößen gegen Sanktionsregeln in Russland.

Nach diesen vielen kriminellen Machenschaften reicht es nicht aus, nur auf die Finanzierbarkeit der Strafzahlungen zu starren. Paul Achleitner, noch Vorsitzender des Aufsichtsrats, fordert einen „Kulturwandel“. Wie soll sich die Unternehmenskultur wandeln, über die die Deutsche Bank schon lange nicht mehr verfügt hat? Zu Recht spricht ein anerkannter ehemaliger Risikoanalyst an der Wallstreet von der „Kultur der Kriminalität“.

Heute stellt sich die Frage, wie es mit der Deutschen Bank weitergehen soll. Dabei müssen die Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Überkapazitäten („Overbanking“) im deutschen Bankensystem sind unübersehbar. Diese werden durch die Digitalisierung noch verschärft. Daher wird die Deutsche Bank die Jobs, die im Zuge des schrumpfenden Investmentbankings nicht mehr benötigt werden, nicht durch den Ausbau des normalen Unternehmens- und Kundengeschäfts

retten können.

Cryan erklärt, bei der Fortführung einer selbständigen Deutschen Bank solle es beim Investmentbanking bleiben. Dagegen wird das vor allem in den Zweigstellen und in den Regionen abgewickelte Geschäft für die normalen Kunden massiv reduziert werden. Diskutiert wird auch eine Großfusion zwischen der Deutschen Bank und der Commerzbank, in der die Dresdner Bank Anfang 2009 aufgegangen ist. Ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen wäre die Folge.

Ausgangspunkt des Versuchs, die Bank im Alleingang zu retten, ist eine Kapitalerhöhung. Durch den realisierten und geplanten Verkauf von Beteiligungen konnte derzeit die für die Überlebensfähigkeit wichtige Kernkapitalquote mit 10,87 Prozent noch gehalten werden. Allerdings wird der Abstand zur durch die Regulierung vorgegebenen Quote immer geringer. Zudem muss diese Mindestmarke bis 2018 auf 12,5 Prozent erhöht werden. Die Deutsche Bank hat sich bereits in einem Vorratsbeschluss eine Kapitalerhöhung genehmigt, die bei einem Kurs pro Aktie um elf Euro mehr als acht Milliarden Euro ausmachen würde. Allerdings wird es bei dem derzeit desolaten Image dieses Geldhauses schwierig, Aktienkäufer zu finden.

Es gibt jedoch innerhalb der bisherigen Aktionärsstruktur Absichten, die Anteile zu erhöhen. Dazu gehören die beiden Scheichs der Herrscherfamilien in Katar mit derzeit insgesamt 6,1 Prozent der Aktien. Interessant ist die Initiative der Chefs wichtiger DAX-Unternehmen, die unlängst ihre Bereitschaft zum Kauf der Aktien „ihrer“ Bank mit dem Slogan „Leistung aus Leidenschaft“ erklärt haben.

Sollte aber das Kapital nicht mobilisierbar sein, dann muss die Logik der EU-Bankenunion einsetzen. Die ordnenden Regeln gelten eben nicht nur für Sonder-europa, sondern auch für das deutsche Institut. Die derzeitigen Aktionäre und die anderen Gläubiger wären nach der „Bail-in“-Regel zur Finanzierung der Rettungsmilliarden dran. Dadurch wird die Sozialisierung der Verluste durch Zahlungen aus dem Steuertopf ausgeschlossen. Sicherlich ist derzeit das Worst-Case-Szenario weit weg. Aber im Sinne einer Vorbereitung für den Fall der Fälle muss die staatlich organisierte Abwicklung der Bank mit dem Ziel, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern, auch durchdacht werden.

Der Staat übernimmt die Abwicklung der Bank, wie die EU-Regeln zur Bankenunion es vorsehen. Die Abteilung Spekulationsgeschäfte innerhalb des Investmentbankings wird geschlossen und die dort noch gebunkerten Derivate mit geschätzten 42 Billionen Euro werden meistbietend verkauft. Es gibt, wie derzeit der Verkauf eines Pakets zeigt, durchaus Interessenten am Handel mit diesen Ramschpapieren. Bereiche wie die lukrative Vermögensverwaltung werden am Markt meistbietend angeboten. Funktionen im Rahmen der lokalen und regionalen Versorgung mit Bankdienstleistungen, die die Deutsche Bank schon stark re-

duziert hat, übernehmen die verbleibenden Anbieter. Sie sichern weiterhin die effiziente Versorgung in der Region.

Was auch immer von der Deutschen Bank erhalten bleiben sollte – jetzt kommt es darauf an, ihre systemische Relevanz abzubauen. Keine Bank darf mehr so groß und verflochten sein, dass sie mit ihrem Absturz die Gesamtwirtschaft und die öffentlichen Haushalte belastet. Eine Bank mit dem Systemrisiko „too big to fail“ darf es auch in Deutschland nicht mehr geben. Das heißt: Schließt die Zockertempel und macht die Banken stinklangweilig, also seriös.

Zuerst erschienen in: Frankfurter Rundschau vom 17.10.2016